

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: Jusos Leipzig (dort beschlossen am: 22.03.2025)

Titel: **Psychische Gesundheit fördern statt pauschalisieren und kriminalisieren – Präventionsbonus für Therapiebesuche einführen**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen

Antragstext

1 Der CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann forderte in Reaktion auf die Anschläge
2 der letzten Monate: "Wir haben große Raster angelegt für Rechtsextremisten, für
3 Islamisten, aber offenkundig nicht für psychisch kranke (Gewalttäter)."

4 Diese Forderung setzt fast 18 Millionen Menschen (ca. 27,8 % der Bevölkerung)
5 unter

6 Generalverdacht, indem psychische Erkrankungen mit Gefährdung gleichgesetzt
7 werden. Eine solche Argumentation erinnert an die Zeit des Nationalsozialismus
8 und löst keine sicherheitspolitischen Probleme. Sie verstärkt stattdessen
9 Stigmatisierung und schreckt Betroffene davon ab, sich Hilfe zu holen.

10 Auffällig ist, dass die Attentäter der vergangenen Anschläge ausschließlich
11 Männer waren. Der Logik Linnemanns Vorschlag folgend, würde das bedeuten, alle
12 Männer unter Generalverdacht zu stellen – ein Gedanke, der absurd erscheint und
13 den natürlich

14 niemand ernsthaft fordert. Doch genau diese Argumentation legt die

Widersprüchlichkeit der Forderung Linnemanns offen. Anstatt psychische Erkrankungen mit Gefährdung gleichzusetzen, muss die gesellschaftliche Frage gestellt werden, warum sich insbesondere Männer zu selten professionelle Unterstützung suchen.

In unserer Gesellschaft gelten Emotionen und psychische Gesundheit, insbesondere bei Männern, oft immer noch als Tabuthema. Männlich sozialisierte Personen erfahren starken gesellschaftlichen Druck, „stark“ sein zu müssen, und vermeiden daher häufig den Gang zur Therapie. Dies verstärkt psychische Belastungen, welche in seltenen Fällen zu extremen Verläufen führen können. Eine präventive Strategie muss genau hier ansetzen: Psychische Erkrankungen müssen als Teil der allgemeinen Gesundheitsversorgung betrachtet und systematische Barrieren abgebaut werden.

Nur 18 % der Betroffenen nehmen psychotherapeutische Hilfe in Anspruch. Gleichzeitig fehlen Therapieplätze, unter anderem weil zu wenige Kassensitze existieren und die Ausbildung zur Psychotherapeut*in mit hohen Kosten und Hürden verbunden ist. Diese Probleme lassen sich nicht durch Überwachung psychisch kranker Personen lösen, sondern nur durch Prävention und eine bessere Gesundheitsversorgung. Prävention und ein verbesserter Zugang zu Therapie können zudem einen positiven Einfluss auf die Wirtschaft haben. Denn psychische Erkrankungen sind die zweithäufigste Ursache für Fehltage. Zudem lassen sich fast die Hälfte der Anträge auf Erwerbsminderungsrente im Jahr 2023 ebenfalls auf psychische Erkrankungen zurückführen.

Forderungen

Deswegen Fordern wir:

- Keine Erfassung psychisch erkrankter Menschen in Sicherheitsdatenbanken. Eine solche Maßnahme ist diskriminierend und nicht zielführend.
- Ein Präventionsbonus-System für regelmäßige Therapiesitzungen. Analog zum Bonusheft für zahnärztliche Vorsorge sollen Bürger*innen Anreize erhalten, um frühzeitig psychische Gesundheitsangebote zu nutzen.
- Mehr Therapieplätze und Abbau von Hürden für Therapeut*innen. Dazu gehören die Erhöhung der Kassensitze und die finanzielle Entlastung der Ausbildung.

Begründung

erfolgt mündlich